

WAHLMONITOR *iep*

Parlamentswahl

Armenien

Constanze Sandler



1. Wahlergebnisse

Die Parlamentswahl in Armenien vom 7. Juni 2026 war eine Richtungsentscheidung über die außen- und sicherheitspolitische Zukunft des Landes. Nach Auszählung aller Stimmen erreichte die regierende Partei Zivilvertrag (KP) von Premierminister Nikol Paschinjan 49,8 % der Stimmen und konnte damit ihre parlamentarische Mehrheit verteidigen. Wichtigste Oppositionskraft wurde das Bündnis „Starkes Armenien“ um den armenisch-russischen Milliardär Samvel Karapetjan mit 23,3 %, während andere Parteien deutlich zurückfielen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 59 % und war damit wesentlich höher als bei der letzten Parlamentswahl 2021 (49 %).

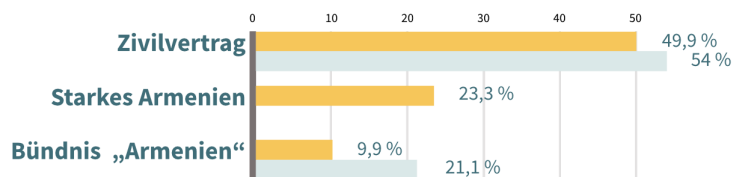
Im Zentrum des Wahlkampfs standen Fragen der nationalen Sicherheit sowie Armeniens geopolitischer Positionierung zwischen Russland und seinen europäischen und transatlantischen Partnern. Neben der Fortführung des Friedensprozesses mit Aserbaidschan setzte Paschinjan im Wahlkampf auf eine schrittweise Annäherung an die USA, anschließend an die kürzlich initiierte „Trump Route for International Peace and Security“ (TRIPP), und an die EU. Zu Letzterem zählen Bemühungen um Visa-Liberalisierung sowie langfristig auch ein EU-Kandidatenstatus für Armenien. Symbolisch unterstrichen wurde dieser Kurs durch den Gipfel der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) in Jerewan im Mai 2026, an dem auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj teilnahm.

Ebenso relevant waren innenpolitische Fragen zu Korruption und politischer Glaubwürdigkeit. Oppositionelle Akteure wie der frühere Präsident Robert Kotscharjan standen wegen früherer Korruptionsskandale in der Kritik, konnten aber dennoch durch Kritik an Paschinjans Umgang mit dem Karabach-Konflikt mobilisieren. Paschinjan wird unter anderem vorgeworfen, die Verhandlungen mit Aserbaidschan intransparent zu führen, wobei die Unzufriedenheit besonders unter jüngeren Wähler:innen wächst. Zuletzt hatte Paschinjan mit Äußerungen über Geflüchtete aus Bergkarabach polarisiert.

Trotz dieser Spannungen bestätigt das Wahlergebnis vorerst Paschinjans Kurs der außenpolitischen Diversifizierung und regionalen Normalisierung, einschließlich der Bemühungen um offene Grenzen und ein Friedensabkommen mit Aserbaidschan und der Türkei.

2. Regierungsbildung - Tendenzen und nächste Schritte

Nach dem aktuellen Stand werden voraussichtlich drei politische Kräfte im neuen armenischen Parlament vertreten sein: die regierende Partei KP von Nikol Paschinjan, das oppositionelle Bündnis „Starkes Armenien“ sowie das „Bündnis „Armenien“ um Ex-Präsident Robert Kotscharjan (9,9 %). Die viertgrößte Partei, „Blühendes Armenien“, scheitert nach den Ergebnissen der Zentralen Wahlkommission mit 3,996 % an der Vierprozenthürde und verpasst damit knapp den Einzug, hat jedoch eine Nachzählung beantragt. Damit besteht das kommende



Parlament vorläufig aus drei Fraktionen, was zugleich dem armenischen Wahlrecht entspricht, das auch bei verpasster Prozenzhürde mindestens drei politische Kräfte im Parlament garantiert.

Aufgrund der parlamentarischen Mehrheit von KP gilt die Fortsetzung der bisherigen Regierung unter Paschinjan als sicher. Allerdings fällt die Mehrheit geringer aus als in der vorherigen Legislaturperiode. Im Wahlkampf hatte die Regierungspartei auf eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit spekuliert. Diese wäre im Zusammenhang von einem möglichen Friedensabkommen mit Ascherbaidtschan relevant gewesen, da Baku auf eine Anpassung der armenischen Verfassungsbezüge zu Bergkarabach drängt.

3. Auswirkungen auf die EU-Armenien Beziehungen

Die Parlamentswahl bestätigt die proeuropäische außenpolitische Neuausrichtung des Landes und festigt den Kurs der Regierung Paschinjan gegenüber der EU. Mithin ist der Wahlsieg der KP eine Entscheidung über Armeniens geopolitische Orientierung.

Im Wahlkampf kündigte Paschinjan eine weitere Vertiefung der Beziehung zur EU und den USA an. Die EU unterstützt den Reformkurs öffentlich und sagte zuletzt ein Hilfspaket in Höhe von 50 Millionen Euro zu, nachdem Russland im Wahlkampf Druck ausgeübt und Importbeschränkungen gegen armenische Agrarprodukte verhängt hatte. Die EU hat außerdem praktische Unterstützung für betroffene Sektoren angekündigt und die Ausweitung kurzfristiger Exportmöglichkeiten armenischer Produkte in die EU signalisiert. Die erste Lieferung von 10.000 Blumen ist bereits in dieser Woche in Lettland eingetroffen. Ursula von der Leyen bekräftigte die langfristige Bereitschaft der EU, die auf dem EPG-Gipfel vereinbarte ambitionierte Konnektivitätspartnerschaft mit Armenien umzusetzen.

Dazu soll eine gemeinsame EU-Armenien-Taskforce eingerichtet werden, die die Umsetzung der Kooperationsmaßnahmen koordiniert. Aus europäischer Perspektive ist Armenien ein strategischer Knotenpunkt zwischen Europa, dem Südkaukasus und Zentralasien.

Der europapolitische Kurs steht in engem Zusammenhang mit dem regionalen Friedensprozess. Fortschritte in den Verhandlungen mit Ascherbaidtschan sowie rechtsstaatliche und demokratische Reformen werden weiterhin maßgeblich für die Beziehungen der EU zu Armenien sein. Trotz Errungenschaften seit der sog. Samtenen Revolution 2018 bestehen weiterhin erhebliche Defizite in den Bereichen Korruptionsbekämpfung, Justizreformen und Minderheitenschutz. Zudem stellen sich die Opposition und Teile der Bevölkerung gegen eine sicherheitspolitische Entkopplung von Russland; Armenien ist nach wie vor Mitglied der Organisationen des Vertrags für kollektive Sicherheit (OVKS), dem eurasischen Militärbündnis unter russischer Führung. Das Wahlergebnis bestärkt damit zwar die europäische Perspektive Armeniens, beseitigt jedoch nicht die erheblichen innenpolitischen Spannungen, die diesen Kurs begleiten.

Über die Autorin

Constanze Sendler ist Forschungsassistentin am Institut für Europäische Politik und schreibt für The European Correspondent.

Über den EU Wahlmonitor

Der EU-Wahlmonitor des IEP begleitet und beleuchtet die innereuropäischen Wahlen mit Factsheets, Hintergrundinformationen, Kurzinterviews und Wahlanalysen. Das IEP fördert damit die transnationale Debatte zu europapolitischen Themen.

Über das IEP

Das IEP ist seit 1959 als gemeinnütziger Verein im Bereich der europäischen Integration tätig. Es ist eines der führenden Forschungsinstitute für Außen- und Europapolitik in Deutschland. Das IEP arbeitet an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Verwaltung und politischer Bildung. Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten des IEP wider.

Editor

Daniel Hegedüs

Redaktion

Jakob Burger

Layout

Julia Winter, Eva-Marie Mall

ISSN: 2941-0088

Dieser Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitungen 4.0 International.

Unterstützt durch



Auswärtiges Amt

iep

Institut für Europäische Politik e. V.
Bundesallee 23
10717 Berlin

info@iep-berlin.de
www.iep-berlin.de

